Peer Pasternack

Wissenschaftspersonal als Transformationsproblem. Resümee eines unverdauten Vorgangs

Im Februar 2002 hatte in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Volkswagen-Stiftung eine Tagung unter dem Titel *10 Jahre danach* stattgefunden. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Im Ganzen fiel die Rückschau positiv aus, doch schloss das deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein:

> Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), [...] von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozess (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess [...]), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thiess [...]), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität ([...] Richard Schröder).[1]

Am deutlichsten formulierte der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß:

> Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur

---

1 Jakob Wegelin: „Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland", in: *Leibniz Intern* Nr. 12, 30.4.2002, S. 13-15, hier S. 14f.

> fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.[2]

Mittelstraß schloss mit den Worten: »Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun«. In der Diskussion präzisierte er, was er damit meinte: »Lasst uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah«.[3]

Hier klang also ein Unbehagen an, das die ansonsten (auch auf der besagten Veranstaltung) dominierenden Positivdarstellungen ein wenig irritierte. Mitte 2005 konnte sich der aufmerksame Beobachter in die andere Richtung irritieren lassen. Die *Strukturkommission Zukunft Weimarer Klassik und Kunstsammlungen* legte ein Gutachten vor, das der Weimarer Stiftung ein höchst kritisches Zeugnis ausstellte:

> Immer noch sitzen Forscher und Kuratoren in den verstreuten Ablegern der Stiftung wie auf weit entfernten Inseln und verweigern geradezu systematisch die Zusammenarbeit. Auch die administrativ angeordnete Fusion der Klassikstiftung mit den Weimarer Kunstsammlungen ist als bloße Addition betrieben worden, jedes Zusammengehörigkeitsgefühl fehle [...] Es gebe kein Forschungskonzept. Die Präsentation der Ausstellungen sei »verbesserungsfähig« bis »unzumutbar« [...] Keines der Weimarer Museen verfügt über ein klimatisiertes Depot. [...] die Zeichnungen Goethes seien noch immer größtenteils auf säure- oder holzhaltigen Kartons montiert, auf denen sie langsam zerfallen.«[4]

So weit, so schlecht. Dann aber noch ein unscheinbarer Satz: »Bis heute hat keine Evaluierung aller Mitarbeiter stattgefunden.« Ein subkutane Botschaft: Derart vernichtend müsse 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung keine andere wissenschaftliche Einrichtung im Osten bewertet werden; dort aber, wo solch desaströse Zustände zu beschreiben sind, habe es, im Unterschied zu allen anderen Einrichtungen, nie eine Evaluation der ostdeutschen Belegschaft gegeben. Zwar ist, wie leicht zu erkennen,

---

2 Jürgen Mittelstraß: „Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?", in: *10 Jahre danach*. Hg. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen, S. 29-32, hier S. 32.

3 Jakob Wegelin: „Geklonte Defizite ... (wie Anm. 1), S. 15; Jürgen Mittelstraß (Interview): „Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen [...]", in: ebd., S. 10f.

4 Heinrich Wefing: „Weimars letzte Chance. Alarmruf der Strukturkommission: Nur ein radikaler Umbau kann die Kulturstiftung retten", in: *FAZ.*, 25.6.2005, S. 35.

der größte Teil der umfangreichen Mängelliste auf Ausstattungsprobleme und administrative Insuffizienzen zurückzuführen; auch wissen Eingeweihte, dass die Weimarer Stiftung seit 15 Jahren mit permanenten Umstrukturierungen und Haushaltsproblemen geschlagen ist, was eine strategisch orientierte Organisationsentwicklung nicht eben fördert. Doch offenkundig menschelt es in der Stiftung auch beträchtlich, und eine gründliche Evaluation hätte da wohl, so die Insinuation, den Start im vereinten Deutschland erleichtern können.

Vermutlich ist das sogar richtig. Jeder Neustart einer beliebigen Einrichtung dürfte besser gelingen, wenn nicht auf vorhandene Befindlichkeiten und Hierarchiestrukturen Rücksicht genommen werden muss, sondern ein Punkt Null angeordnet werden kann. Im konkreten Fall der Weimarer Stiftung würde sich zwar immer noch die Frage stellen, ob damit dann auch die katastrophalen Wirkungen der administrativen und Ausstattungsmängel hätten neutralisiert werden können. Doch betrachten wir den Fall im Lichte des oben geschilderten »10 Jahre danach«-Symposiums, so verweist er vor allem auf etwas anderes: Die deutsch-deutsche Wissenschaftsintegration war durch einige Zielkonflikte gekennzeichnet. Geht es um Wissenschaft, erst recht um den Umbau einer ganzen Wissenschaftslandschaft, dann kann organisatorische Effizienz immer nur ein Ziel unter anderen sein.

Die Komplettumgestaltung der Wissenschaft im ostdeutschen Siedlungsgebiet hatte drei Dimensionen: eine inhaltliche, eine strukturelle und eine personelle. Letztere war am stärksten konfliktbeladen und prägt die Erinnerungen der Beteiligten nach wie vor am deutlichsten.[5] Daher konzentrieren wir uns im Weiteren auf diese.

Die Instrumente des Personalumbaus

Nun schwangen im Begriff Evaluation in den Jahren nach 1990, sobald es um ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen ging, weiter reichende Bedeutungen mit, als dies im akademischen Normalbetrieb der Fall ist. Evaluation wurde weithin synonym gesetzt mit Abwicklung. Das betroffene Personal assoziiert damit Vorgänge, in denen die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) signifikant geringer war als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorruheständler,

---

5 Vgl. Roland Bloch / Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft in vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*. Wittenberg 2004; auch unter URL: http://www.hof.uni-halle.de/index,id,14.html

vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.).

In der Tat hatte nahezu jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler in Ostdeutschland seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert, deutlich vermännlicht sowie verwestlicht worden. Für einige in der DDR benachteiligte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hat der Personalaustausch auch zuvor undenkbare Chancen geboten. Gleichzeitig waren aber auch früher benachteiligte Wissenschaftler von der allgemeinen Welle des Stellenabbaus erfasst.

Das verweist vor allem auf eines: Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es insbesondere die personelle Dimension, die den Gesamtvorgang kennzeichnete. Der Personalumbau bestand aus zwei Elementen: der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.

Beide Vorgänge waren ambivalent. Das ergab sich in Folge zweier Umstände, die aus politischen, nicht zuletzt Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel in Ostdeutschland musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Kurz: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen.

Dies mündete in die Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten, mit denen auch die Ambivalenz des Wandels programmiert war: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente gegenüber.

»Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler«, fasste Dieter Simon zusammen, was sich hinter dem für diese Vorgänge vielfach gebrauchten Begriff »personelle Erneuerung«

verbarg.[6] Dieser Prozess setzte sich aus zahlreichen Elementen zusammen und vollzog sich in mehreren Stufen, wobei es im Detail Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gab. Vor allem aber gab es deutliche Unterschiede zwischen Akademieinstituten und Hochschulen.

Für die Akademien setzte der Wissenschaftsrat ein groß angelegtes Evaluierungsprogramm ins Werk. Die Ergebnisse dessen wie des nachfolgenden politischen Handelns lassen sich kurz so zusammenfassen:

- Im naturwissenschaftlichen Sektor ergab sich eine Reihe von Weiterführungsempfehlungen für komplette Institute, die dann auch weitgehend umgesetzt wurde.[7]
- Im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich waren die Empfehlungen zwar differenzierter, als gemeinhin angenommen wird[8], doch folgten daraus kaum institutionelle Fortführungen.
- Ein kleiner Teil der hier betroffenen Wissenschaftler/innen wurde in sog. Forschungsschwerpunkte übernommen, die zunächst die Max-Planck-Gesellschaft administrierte, und die dann zu den heute noch bestehenden sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren (in Berlin, Potsdam und Leipzig) wurden.
- Zwar positiv evaluierte, aber dennoch übrig gebliebene Forscher/innen wurden in das sog. Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) übernommen. Dieses lohnt eine ausführlichere Betrachtung.

Das WIP sollte der Integration außeruniversitärer Forscher und Forscherinnen in die Hochschulen dienen und baute auf einem Anfangsfehler auf, der ein geradezu lehrbuchgeeignetes Programmscheitern begründete. Der Anfangsfehler war die Auffassung, dass es in der DDR eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien gegeben habe: Die Hochschulen seien weitgehend nur Lehranstalten gewesen, während die eigentliche (Grundlagen-)Forschung an den Akademieinstituten stattgefunden habe. Diese Auffassung folgte zunächst

---

6 Dieter Simon: „Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft", in: *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung*. Hg. Jürgen Kocka/Renate Mayntz. Berlin 1998, S. 509-523, hier S. 509.

7 Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR*, Bd. 2-8. Köln 1992.

8 Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR*, Bd. 9 und 10. Köln 1992.

einer im Zuge der III. Hochschulreform[9] von 1968ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Das Ziel wurde als tatsächlich realisiert unterstellt.

Nun, nach dem Umbruch 1989, wurde die Auffassung der institutionellen Trennung von Forschung und Lehre intensiv durch die Interessenvertreter der Akademie der Wissenschaften gepflegt. Sie erhofften sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen; dieser argumentative Schuss endete, wie sich später zeigen sollte, als Rohrkrepierer namens WIP. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation ihres Personals. Als Distinktionsmerkmal im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten formuliert, stärkte dies offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter: Die DDR-Unis seien eben keine richtigen Forschungseinrichtungen gewesen, sie sagten ja selbst, dass sie vor allem in der Lehre gut seien.

Der Wissenschaftsrat baute dann seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen *zurückgeführt* werden.[10] Zwar versuchte der Wissenschaftsrat auch, sich in der Angelegenheit sachkundig zu machen, doch augenscheinlich ohne die eingeholten Expertisen hinreichend zur Kenntnis zu nehmen.[11] Nachdem trotz intensiver Bemühungen vergleichsweise wenig außeruniversitäre Forschung an die Hochschulen angebunden werden konnte und schließlich immer noch ca. 1.700 positiv

---

9 die mit einer Akademiereform verbunden war.

10 In „den Hochschulen (ist) das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen [...] Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die [also nicht *ein Teil der*, P.P.] Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt" (Wissenschaftsrat: „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990", in ders.: *Empfehlungen und Stellungnahmen 1990*, Köln 1991, S. 7-28, hier S. 24).

11 Hier kann etwa auf ein Gutachten zum *Bibliometrischen Profil der DDR* (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen) von Weingart et al. verwiesen werden, das im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erstellt worden war. Die Autoren ermittelten (unter Verwendung der Datenbanken des Science Citation Index) z.B., daß 54,7% der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6% aus den Akademieinstituten (Beispieljahr 1984). (Peter Weingart/Jörg Strate/Matthias Winterhager: *Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat*, Bielefeld 1991, unveröff., S. 26)

evaluierte Akademiewissenschaftler und -wissenschaftlerinnen nicht untergebracht waren, wurde schließlich das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP, innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramms HEP) aufgelegt. Sein Geburtsfehler bestand darin, auf der falschen Prämisse aufzubauen, die Hochschulen seien nahezu ohne Forschung und würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter Forscher und Forscherinnen.

Tatsächlich aber beheimateten die Hochschulen z.T. beachtliche Forschungspotentiale und hatten im Übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur. Sie waren gewiss nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten in Gestalt entsprechenden Personals mit sächlicher Ausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken lässt, ungeneigt, dies zu Lasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also taten sie zweierlei: Sie statteten die um Anbindung nachsuchenden WIPianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem WIP aus. Im Übrigen setzten sie die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, dass hier nach Ablauf der WIP-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist indessen, dass so hartnäckig wie fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen seien erst im Laufe ihres Umbaus wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger Forschungseinrichtungen gelangt.[12]

Bevor und während die WIP-Akademieforscher/innen in die Hochschulen zu gelangen suchten, vollzog sich an diesen ein mehrstufiger Ausleseprozess in Bezug auf das eigene Personal. Folgende Instrumente gelangten hier zur Anwendung:[13]

- Abberufung der Hochschullehrer des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG);

---

12 Noch während des erwähnten *10 Jahre danach*-Symposions 2002 wurde das Missverständnis erneut aktualisiert: »Die Bemerkung [...], dass die Forschung im Ergebnis der Transformation endlich wieder an die Universität heimgekehrt sei, veranlasste den Sächsischen Staatsminister Hans Joachim Meyer [...] zu dem gereizten Einwand, man sollte endlich die Legende beerdigen, es habe an den Universitäten und Hochschulen der DDR keine Forschung gegeben, alle Forschung wäre an der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Was wiederum [...] Wilhelm Krull [...] zu dem apodiktischen Bekenntnis trieb: ›Ich sehe das anders‹.« (Jakob Wegelin: „Geklonte Defizite ... [wie Anm. 1], S. 13f.).

13 Ausführlicher vgl. Peer Pasternack: *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin.* Weinheim 1999.

- Neubesetzungen der Führungspositionen in den Hochschulen;
- Vertrauensabstimmungen über Rektoren, Dekane, Instituts- und Klinikleitungen;
- Personalabbau in Folge der Abwicklung vornehmlich gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen/Institute;
- kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer/innen mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts;
- sog. Integritätsüberprüfungen incl. Regelanfrage bei der Gauck-Behörde;
- fachliche Evaluierung des (dann noch) vorhandenen Personals;
- daraus sich ergebende Entlassungen;
- Umberufungen einzelner zu Professoren neuen Rechts (auf sog. Eckprofessuren);
- Personalstrukturneudefinition einschließlich deutlicher Verringerung der Stellenanzahl im Mittelbau und Ausweitung der Professorenstellen, dabei auch Integration diverser anderer Hochschul(einrichtung)en, insbesondere PHs;
- hierauf Ausschreibung aller Stellen (Hochschullehrer wie Mittelbau) und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber (in einigen Ländern auch Überleitung in die neuen Personalkategorien ohne vorherige Ausschreibung der Stellen);
- daraufhin (a) im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum großen Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, bzw. Entlassung »mangels Bedarf«, und (b) parallel Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdberufungen;
- schließlich Rehabilitierungen incl. symbolischer Statuserhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor/zur außerordentlichen Professorin, was die individuellen Verbleibschancen verbesserte.

Von diesen Instrumenten waren es drei, welche die Umsetzung des Personalaustausches im Wissenschaftsbereich vorrangig vorantrieben: (a) die Abwicklungen, (b) die Personalkommissionen und (c) der Personalstellenabbau.

(a) Das paradigmatische Muster für die Gesamtvorgänge hatten die Abwicklungen an den Hochschulen abgegeben. Die politischen Instan-

zen sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Hochschulen. Daher setzten dann dort um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.
Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das wesentliche Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: »Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt«, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak.[14]

(b) Mit den Personalkommissionen war das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument eines personellen Wandels an den ostdeutschen Hochschulen entwickelt und installiert worden. Im Unterschied zu den Abwicklungen waren hiervon nun ausnahmslos alle Hochschulwissenschaftler/innen betroffen. Der Form nach vermittelte es nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.
Damit schlugen Dichotomisierungen voll durch und prägten fortan die Prozesse. Diese machten sich in den begleitenden Debatten an der

---

[14] Kurt Nowak: „Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig", in *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, München, S. 371-381, hier S. 373.

Konstruktion einander gegenüber stehender Kollektivakteure fest. Zuerst war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend. Dann wurden Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften definiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte und Nichtabgewickelte. Mit den Überprüfungen durch die Personalkommissionen fand – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbstheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung derjenigen, die als per se verantwortlich betrachtet wurden. Für Schattierungen zwischen schwarz und weiß blieb für längere Zeit kein Platz in den dominierenden Wahrnehmungsmustern.

(c) Der Personal*stellen*abbau betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Dort hatte die DDR 50 Prozent ihres gesamten Wissenschaftspersonals konzentriert. Das war nunmehr durch die Bundesländer in diesen Größenordnungen nicht zu finanzieren. An der Universität Leipzig, der TU Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin, um drei Beispiele zu nennen, hatten daraufhin jeweils zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.[15] Vollständig erschließen sich die Ausmaße des Stellenabbaus aber erst in einer Betrachtung des gesamten Wissenschaftssystems, also unter Einbeziehung der nichthochschulischen Forschungseinrichtungen.

---

15 Peter Gutjahr-Löser: „Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende", in: *Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anläßlich des „Dies academicus" am 2. Dezember 1996.* Hg. Rektorat der Universität Leipzig. Leipzig 1997, S. 23-42, hier S. 33; Alfred Post: *Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden, Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf – der TU Dresden verbunden.* Hg. TU Dresden. Dresden 2005; Thomas Raiser: *Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994*, Berlin/Baden-Baden 1998, S. 119.

Quantitative Dimensionen und die Ost-West-Färbung des Wissenschaftsumbaus

Lassen sich die Ergebnisse beziffern? Ja und nein. Die empirisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in den Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiografien gegeben hat. Darüber hinaus kann auf Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist[16]:

- ca. 60% an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass – wie erwähnt – die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 60% in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40% sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig),
- ca. 85% in der Industrieforschung (ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum »den Markt« dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen lan-

---

16 Grundlage dieser Zusammenschau sind: Werner Meske: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz*. Berlin 1993; Hansgünter Meyer: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik*. Berlin 1993; Thomas Neie: „Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993", in: *hochschule ost 1/1996*. S. 133-148; Gertraude Buck-Bechler / Hans-Dieter Schaefer / Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*. Weinheim 1997; Dirk Lewin: *Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland*. Weinheim 1997; Anke Burkhardt: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*. Wittenberg 1997; Arno Hecht: *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?*. Leipzig 2002.

gen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann »dem Markt« nicht direkt zugerechnet werden).

Soweit die deutsch-deutsche Wissenschaftsvereinigung Personen zusammenführte, war sie wesentlich eine Kollision zweier extrem fremder Wissenschaftskulturen. Wolfgang Kaschuba, Ethnologe an der Humboldt-Universität, verdanken wir den Hinweis, dass sich die Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe: »Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur dass sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.«[17]

In der Tat ergaben die Neubesetzungen der Professorenstellen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher Herkunft. Differenzierend muss dabei auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.

Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.

Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:

Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält: Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren waren mit Stand 1997 elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden.[18]

---

17 Wolfgang Kaschuba: „Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt", in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.

18 Jürgen Kaube: „Soziologie", in: *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Hg. Jürgen Kocka / Renate Mayntz. Berlin 1998, S. 255-301, hier S. 297.

Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.[19]

Die Ursachen dieser Ungleichgewichte sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwandels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an einer ostdeutschen Hochschule tätig sein zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR. Denn wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Schließlich aber konnte die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Vielzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerblichkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrecht erhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein. Wer westelbisch habilitiert war, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angesichts der Anzahl zu besetzender Positionen kaum abgewiesen werden.

Folglich war dies *die* Stunde für Durchschnittsbegabungen – was weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen sind Durchschnittsbegabungen, denn der Durchschnitt errechnet sich aus der Streuung zwischen sehr schlecht und sehr gut geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen. Der Durchschnitt ist also eine sehr relative Größe, abhängig von der zu einem gegebenen Zeitpunkt vorhandenen Qualitätsstreuung. Das ist bei Professoren und Professorinnen nicht an-

---

[19] Vgl. Peer Pasternack: *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur*. Leipzig 1996.

ders als in sonstigen Berufsgruppen. Die Überdurchschnittlichkeit wird erst erkennbar vor der Durchschnittlichkeit.

Hier ist auch ein verbreitetes Vorurteil zu korrigieren: Diejenigen, die an eine ostdeutsche Hochschule kamen, um eine der ersten Gelegenheiten zur Rückkehr nach Westdeutschland zu nutzen, waren und sind ein vergleichsweise geringes Problem. Denn die Rückkehrmöglichkeiten, die sie nutzen, zeigen immerhin an, dass es sich um Leute handelt, die auch noch andernorts Chancen haben. Eine Hochschule, die solches Personal für einige Jahre binden konnte, kann sich glücklich schätzen. Das sehr viel größere Problem dagegen sind diejenigen, die, einmal in einer ostdeutschen Hochschule stationiert, niemals mehr eine Chance erhalten, diese zu verlassen.

Hier liegt nun allerdings ein Grund dafür, dass die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Wirksam wurde hierbei eine Mischung von dreierlei: wissenschaftstypische Konkurrenzstrukturen, habituelle Ost-West-Unverträglichkeiten sowie politische und fachliche Argumente unterschiedlicher Berechtigung. Letztere ließen sich für die ersteren beiden instrumentalisieren. Das heißt: Sobald fachliche oder politische Argumente mobilisiert werden konnten, musste das Wirksamwerden habitueller Unverträglichkeiten oder wissenschaftstypischer Konkurrenzstrukturen – wie Schulenbindung oder Patronage – nicht weiter überspielt werden. Indem sie nicht explizit überspielt werden mussten, war die Gefahr gering, dass sie ggf. in den Berufungsverfahren erkannt und thematisiert wurden.

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch muss sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist freilich auf den anderen Umstand hinzuweisen: Die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ost-

deutschland wäre insbesondere dann kein Problem, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies allerdings ist weder der Fall noch absehbar.

In Deutschland gibt es 39.000 Professoren und Professorinnen. Eine ausgewogene West-Ost-Repräsentanz in der bundesweiten Professorenschaft wäre also bei 8.200 StelleninhaberInnen ostdeutscher Herkunft gegeben. Die letzte Studie zum Thema der Ost-West-Verteilung in herausgehobenen Positionen ermittelte für den Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft, dass 7,3% der Elitepositionen ostdeutsch besetzt sind.[20]

---

20 Jörg Machatzke: „Die Potsdamer Elitestudie. Positionsauswahl und Ausschöpfung", in: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration.* Hg. Wilhelm Bürklin / Hilke Rebenstorf. Opladen 1997, S. 65-67. Dass eine Studie von 1997 die jüngste zu diesem Thema ist, darf im Übrigen als Bestandteil des Problems notiert werden: Das Interesse an der empirischen Erfassung solcher Ost-West-Verteilungen ist nicht so brennend, dass sich dafür irgendwo die nötigen Forschungs- und Finanzressourcen fänden.